

Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werththätigen Bevölkerung.

Fernsprecher Nr. 926.]

Mit der illustrierten Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“.

[Fernsprecher Nr. 926.]

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich abends (außer an Sonn- und Festtagen) mit dem Datum des folgenden Tages und ist durch die Expedition, Johannisstraße Nr. 50/52, und die Post zu beziehen. — Preis vierteljährlich M. 2.00, monatlich 70 Pfg. — Postzeitungsliste Nr. 4069a, sechster Nachtrag.

Die Anzeigengebühr beträgt für die hiergespaltene Zeile oder deren Raum 20 Pfg., für Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungs-Anzeigen nur 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 30 Pfg. — Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere tags vorher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 176.

Mittwoch, den 1. August 1906.

13. Jahrg.

Stimmen eine Weile.

Es war so schön gewesen . . .

sa. Verschiedene Begleiterscheinungen der letzten Reichstagswahl und Stichwahlen haben den Nationalliberalen Dr. Hugo Böttger, M. d. R., veranlaßt, dem „Tag“, als dessen Mitarbeiter er fungiert, einen Leitartikel über „die bürgerlichen Parteien“ zu liefern. Gleich in der Einleitung wird festgestellt, daß der Begriff von den bürgerlichen Parteien als Zusammenfassung aller nichtsozialdemokratischen Parteigeilde im Deutschen Reich sich trotz mancher bemerkenswerten Bemerkungen von Organisationen und amtlichen Stellen (!) nicht zu einer „politischen Festigkeit“ innu. Darmstadt, Altona-Nerlohn (und Hagen-Schwelm!) hätten den Beweis erbracht, daß „die neue wahlpolitische Konstruktion“ den Wählern in breiten Landstrichen nicht in Fleisch und Blut übergegangen sei. Und — es soll wohl ironisch klingen, ist aber in Wahrheit ein Schmerzschrei eines bekümmerten nationalliberalen Gemütes —, wenn Herr Hugo Böttger dann meint: „Die Parteien gehen mit Mut und Gottvertrauen auf jedes freigewordene Mandat los und bekämpfen sich bis zur Hauptwahl so heftig, daß bei der Stichwahl die gesamtbürgerliche Parole, wenn sie überhaupt ausgegeben wird, nicht mehr zehrt.“ Herr Böttger verschweigt schamhaft, daß bei jener „heftigen Bekämpfung bis zur Hauptwahl“ meistens gerade die Nationalliberalen die Leidtragenden gewesen sind, sondern begnügt sich mit dem Schlusse, die Stichwählergebnisse seien „unerfreuliche Perspektiven“ für die Reichstagswahlen von 1908.

Offenherzig gibt Herr Hugo Böttger zu, was für unerfreuliche Perspektiven vor seinen geistigen Augen einen drohenden Reigen aufzuführen: „Handgreiflich und klar liegt die Gefahr vor Augen, daß bei zu weit gehender Zersplitterung der nichtsozialdemokratischen Wähler es nie gelingen wird, die heutige Sozialdemokratie aus unserem Parteiloben, wie sie es verdient (!), zu entfernen, um ihr den Großmachtsitzel auszutreiben (!), der sie hindert, sich zu einer brauchbaren (!) Arbeiterpartei zu entwickeln.“

Das also ist des nationalliberalen Pudels nationalliberaler Kern . . .

Vom gloriosen Reichsverband zur Ermüderung sämtlicher „vaterlandlosen Gesellen“, mit „Generalsekretär, Wanderredner usw.“ will Herr Böttger nicht viel wissen. Er setzt zu seinem Verständnis „ein sehr temperamentloses, rein verstandesmäßiges Politisieren“ voraus; „bei dem Deutschen ist das politische Interesse stets durchsetzt mit Gemütsbewegungen“, ist „zu einem großen Teile Herzenssache“.

Gewiß, besonders bei den Nationalliberalen, wenn sie sich in die Rolle als freiwillige Steueragenten für Stengelprojekte fügen. Solche Gemütsbewegungen und Herzenssachen haben die bedauernden Parteimitglieder des Herrn Böttger jetzt schon teuer bezahlen müssen. Und die Generalabrechnung steht noch aus!

Ein anderes Hindernis der Konzentrationspolitik der Bürgerlichen sieht Böttger in den Sünden des alten Kartells, „wobei die Nationalliberalen zu weit nach rechts rückten, und wobei der Altkonservative Sozialismus, die Interessenpolitik der Großindustriellen und Großgrundbesitzer und das Scharfmachtum üblich in die Salme schossen“. Vor einer Wiederholung solcher Geschehnisse empfindet Herr Böttger leises Grauen; denn „man hat mancherlei Grund, dem Zentrum nicht zu trauen“, das man ja bei solchen „Konzentrations“ nicht übergehen dürfe. „Man braucht“, so entladet sich die nationalliberale Mannesseele, „kein Kulturkämpfer alten Stils zu sein, um bei diesem Gedanken ein starkes Mißbehagen zu empfinden; denn solcher Wahlschacher hat große sittliche (!) Gründe gegen sich und müßte die unabhängige Wählerschaft geradezu empören“.

Es ist also nichts mit dem gloriosen Reichsverband, auch nichts mit der „Konzentrationsidee“. Aber Herr Böttger erscheinert als Reiter und Peiland in schweren Ritten. Einleitend bemerkt er:

„Vor allem aber tritt mehr und mehr die wirtschaftliche Gefahr, die von der Sozialdemokratie droht, in den Vordergrund. Experimente wie der Abo-Streit, die fortwährende Bedrohung der Unternehmungen durch Arbeitseinstellungen, die von oben und außen (!) kommandiert werden, das Spielen mit dem Massen- und Generalstreik, wobei Millionen verpulvert werden, das alles setzt doch fortwährend unsere wirtschaftliche Prosperität auf ein Pulverfaß und kommt einer indirekten Begünstigung des konkurrierenden Auslandes gleich. Demgegenüber ist der Zusammenschluß der Unternehmer und ein ausge-

dehntes Schußsystem für die Kleinen und mittleren Betriebe eine gerechte und praktische Forderung. Wer keine Ausnahme gesche will, muß die Anwendung der bestehenden Gesetze und einer energischen Selbsthilfe gegen sozialdemokratischen Terrorismus gutheißen und propagieren.“

Und dann kommt der nationalliberale Kanonenschuß, das Altkonzernrezept vor Pulverfassern und „Terrorismus“:

„Durch ein Zusammenhalten der wirtschaftlich sich nahestehenden Elemente wird dann voraussichtlich mehr erreicht, als durch das Zusammenschweißen politischer Parteigeilde, die nicht von heute auf morgen wegdekretiert werden können.“

Freilich, Herr Böttger selbst scheint kein allzuartiges Vertrauen zu seinem Altkonzernrezept zu haben. Das „vorausichtlich“ gibt zu denken. Außerdem sind noch andere Galen da, die Böttger nicht sieht, weil ihm die Politik „Herzenssache“ und „Gemütsbewegung“ zu sein scheint. Das ganze Altkonzernrezept des Herrn Böttger purzelt ins Wasser, weil die politischen bürgerlichen Parteien ein Ausdruck der ökonomischen Gegenläufe innerhalb der Schichten des Bürgertums sind. Die einzige politische Partei, die wirtschaftlich gegenläufige Schichten umfaßt, ist die des Zentrums. Und alle Zentrumspolitik bewegt sich kampfhast um das eine, den Zentrumsturm vor dem Zusammensturz zu retten, den jene Vielfältigkeit der wirtschaftlichen Interessen herbeizuführen droht.

Herr Böttger kann also sein nationalliberales Rezept ruhig zu denen legen, wo das von der „Konzentrationsidee“ und das von Mannen des Reichsverbandes fetschlich schimmert. Der Sozialdemokratie ist das eine so wenig „Verächtlichmachung“ wie die beiden anderen.

Politische Nachrichten.

Deutschland.

Unsere Strafprozeßordnung weist, trotzdem an derselben so viele Juristen mitgearbeitet haben, eigenartige Bestimmungen auf. So wird aus Heidelberg berichtet: Ein den bemittelten Gesellschaftskreisen angehöriger Mann war zu einer vierzehntägigen Haftstrafe verurteilt worden, weil er ein Fräulein in zwei Briefen, die an einen Dritten gerichtet waren, schwer beleidigt hatte. Seine Berufung wurde verworfen, und er mußte die Strafe verbüßen. Nachträglich behauptete er, zur Zeit der Begehung der Tat geistesgestört gewesen zu sein, und da die Gutachten zweier Irrenärzte zu seinen Gunsten lauteten, wurde er im Wiedereröffnungsverfahren freigesprochen und erhielt aus der Staatskasse eine Entschädigung. Die Beleidigung aber wurde zur Tragung sämtlicher Kosten verurteilt. Sie hat also nicht bloß die ihr widersprechende Verunglimpfung zu verschmerzen, sondern muß auch noch an Gerichts- und Anwaltskosten, an Zeugen- und Sachverständigengebühren ein kleines Vermögen opfern! Welche bittere Gefühle mögen sie erfüllen, und welche Begriffe mag sie von unseren Gesetzen bekommen! Und doch hat uns Gericht genau nach Vorschrift des § 503 der Strafprozeßordnung entschieden! In einem Fall, wie den vorliegenden, hatte der Gesetzgeber nicht gedacht. Im § 829 des Bürgerlichen Gesetzbuches ist der Grundlag festgestellt, daß unter Umständen auch der geistesgestört Gewesene den von ihm angerichteten Schaden „insoweit zu ersetzen hat, als die Billigkeit nach den Umständen, insbesondere nach den Verhältnissen der Beteiligten, eine Schadloshaltung erfordert.“ Dieser wichtige Grundlag sollte auch bei der Revision der Strafprozeßordnung Beherzigung finden.

Der deutsche Reichstag und der preussische Oberstaatsanwalt. Im „Tag“ liefert der Abgeordnete Erzberger neue Details über die Beschlagnahme seiner im Reichstag lagernden Materialien, die die preussische Anklagebehörde unter Verletzung der Immunität verübt hat. Herr Erzberger hatte — wie uns scheint sehr mit Unrecht — seine Materialien dem Untersuchungsrichter angeblich „freiwillig“ für ein paar Tage überlassen; als er sie zurückforderte, erhielt er aber vom Oberstaatsanwalt Jena viel den Bescheid, daß die Papiere noch weiter in den Händen der Staatsanwaltschaft verbleiben würden, und daß diese sich vorbehalte, ihre formelle Beschlagnahme zu verfügen. Dagegen legt nun Herr Erzberger unter Berufung auf § 30 der Verfassung Protest ein. — Es ist kennzeichnend für die nationalliberale Partei, daß ihr Organ, die „Nationalzeitung“, diesen Kühnen Versuch, den deutschen Reichstag eigenmächtig der preussischen Rechtspflege zu unterstellen, durchaus gerechtfertigt findet. Ob sie sich durch die Feststellung, daß dem Abg. Erzberger sein Material unter Vorbehalt wichtiger Tatsachen abgenommen worden ist, zu einem anderen Standpunkt belehren läßt, wird abzuwarten sein. Der deutsche Reichstag aber hat sicher allen Grund, jeder unbefugten Einmischung der preussischen Justizbehörde in seine und seiner Mitglieder Angelegenheiten ein energisches „Pönde weg!“ entgegenzurufen.

Zu der freien Grenzverletzung seitens eines russischen Soldaten wird berichtet: Eine russische Untersuchungskommission besichtigte die Stelle, wo der Buchhalter Broder durch einen russischen Grenzsoldaten erschossen wurde. Der „Schlef. Btg.“ zufolge wird mit aller Bestimmtheit eine Grenzverletzung für vorliegend erachtet. Der russische Soldat hat preussisches Gebiet betreten und hat, nachdem er von diesem auf den neutralen Weg zurückgegangen war, von da aus den Schuß auf den auf preussischem Boden stehenden Broder abgegeben. Der russische Soldat ist bereits verhaftet worden. — Wir wollen nun abwarten, was weiter kommt.

Folgen der Branntweinerhöhung. In sechs starkbesuchten Volksversammlungen in Chemnitz wurde beschlossen, über die dem Ring angehörenden Brauereien in Chemnitz und Umgegend wegen der Erhöhung der Bierpreise den Boykott zu verhängen und nur ringfreies Bier zu trinken.

Als nationalliberaler Kandidat im 18. hannoverschen Reichstagswahlkreis ist der Senator Ad. Reeser-Stade aufgestellt worden.

Rußland.

Vom Tage. Die Kabinettsbildung bereitet der Regierung große Schwierigkeiten. Nach den letzten Meldungen haben sich einige Führer der Partei friedlicher Reformen zum Eintritt in das Kabinett Stolypin unter folgenden Bedingungen bereit erklärt: Einberufung der Reichsduma spätestens im September d. J., keinesfalls erst am 5. März, Erweiterung der Kompetenz der Reichsduma und Einschränkung der Befugnisse des Reichsrats, Reorganisation der Gerichts-, Aufhebung des Kriegsjustizministeriums und des außerordentlichen verstärkten Schutzes, Abschaffung der Todesstrafe durch kaiserlichen Ukas, Reform der Semstwoinstitution, Gleichstellung der Juden, Zulassung der nichtrussischen Sprachen in den Grenzländern zum Gebrauch bei den niederen Behörden, Ausarbeitung von Gesetzentwürfen betreffend die bürgerlichen Freiheiten behufs Einbringung in der nächsten Dumasession, Amnestie, wenn auch keine vollständige, Agrarreform auf Grund des Rutlerschen Projektes. Diese Bedingungen soll Stolypin angenommen haben. (?) Er soll auch den Kadetten Rutler ins Kabinett berufen wollen.

In Petersburg drangen Bewaffnete in eine Druckerei und zwangen die Angestellten, den Aufruf der Dumaabgeordneten in 100 000 Exemplaren zu drucken. Darauf schaffte man die Drucksachen auf einen bereitstehenden Wagen unter den Augen eines nichtshnenden Polizisten fort.

Das Marinekriegsgericht in Sebastopol sprach am Sonnabend das Urteil über die wegen militärischen Unruhen zu Ende des vorigen Jahres unter Anklage gestellten Matrosen. Die vier Hauptangeklagten wurden zum Tode, ein Angeklagter zu lebenslänglicher und 32 zu Zwangsarbeit von verschiedener Dauer verurteilt. 50 Matrosen erhielten Gefängnisstrafen. 6 Angeklagte wurden freigesprochen. Eine der in der Angelegenheit des am 27. Mai verübten Bombenanschlags gegen den Festungskommandanten General Repkujew verhafteten Personen namens Sawentow ist unter Beihilfe eines Freiwilligen aus der Hauptwache entflohen. Der Freiwillige ist ebenfalls geflüchtet.

Gestern mittag wurde in Sochatshew, Gouvernement Warschau, der Sochatshewer Kreischef Christopher Burago erschossen. Ein ihn begleitender Bandendarm wurde schwer verletzt. Der Täter entkam unerkannt.

Eine von vielen tausenden Bergarbeitern in Jnsowla abgehaltene Versammlung beschloß wegen Auflösung der Duma die Arbeit in allen Hüttenwerken einzustellen. Infolgedessen sind Dragoner nach Jnsowla abkommandiert worden.

In Samaro wurden bei einer öffentlichen Versammlung über 500 Personen durch Kosaken und zwei Kompagnien Infanterie festgenommen und 15 davon ins Gefängnis abgeführt. Einer kurz darauf veranstalteten Protestdemonstration wurde von der Polizei ein Ende gemacht, ohne daß es zu Tätlichkeiten kam. (?)

In der Nacht meuterte in Poltawa ein Teil des 6. Kavallerie-Regiments und marschierte bewaffnet aus den Kasernen. Eine große Menge erwartete sie auf der Straße und schloß sich den Soldaten an. Sie wandten sich in das Artillerielager, überrumpelten die 1. Batterie, bespannten die Kanonen und zogen gegen das Gefängnis, um die politischen Gefangenen zu befreien. Der Kommandierende rückte mit einer Anzahl Maschinengewehre gegen die Menge und feuerte, als diese eben in das Gefängnis einzudringen begann. Darauf ergriffen die „Meuterer“ die Flucht und ließen 2 Tote und 11 Verwundete zurück. Die Entflohenen meldeten sich dann ruhig in ihren Kasernen. Bald nach

Mitternacht war die Stadt wieder vollkommen ruhig. In Postawa wohnen viele Anarchisten.

Frankreich.

Des Zaren getreue Handknechte. Ein französischer Ministerrat in Rambouillet unter dem Vorsitz Fallières beschloß, die den russischen Wirren gegenüber bisher beobachtete reservierte Haltung Frankreichs beizubehalten.

Abkündigung der Todesstrafe. Dem französischen Parlament wird seitens des Justizministers Gallien ein Gesetzentwurf über die Abkündigung der Todesstrafe zugehen.

Versammlung der Bürgerschaft.

P. L. Lübeck, den 30. Juli 1906.

Der Vorsitzende Dr. Gürk eröffnete die Sitzung um 6 Uhr 20 Min. mit der Mitteilung, daß vom Verein der Gemeindegärtner ein Gesuch um Befreiung des Marktballenstandes seiner Mitglieder eingegangen ist. Bergwardt erhebt dies Gesuch zu seinem Antrag; derselbe soll am Schluß der Sitzung zur Beratung gelangen.

Die Wahl der Mitglieder der Kommission betr. Anstellung weiterer Aufseher an den Gefangenenanstalten hatte folgendes Resultat: Gewählt wurden Jenne, Dr. Dienau, Dr. Baethge, Dimpfer und Mühsam.

Der Senat macht Mitteilung davon, daß der Bürgerschaft eine Abschrift des Vertrages mit der Königl. Seehandlung in Berlin betr. die Aufnahme der Anleihe von 20 Mill. Mark zugehen soll.

Sodann wird ein Senatsantrag in geheimer Sitzung erledigt.

Der nächste Senatsantrag betrifft die Bekämpfung der sog. Serien- und Prämienlosgeellschaften. Die Kommission hat vorgeschlagen, abweichend von der Senatsvorlage das Gesetz wie folgt zu fassen: § 1. Wer gewerbsmäßig durch Verbreitung von Mitgliedsbedingungen und Prospekten oder in anderer Weise zur Beteiligung an Serien- oder Prämienlosgeellschaften auffordert, sowie wer die Bildung oder Leitung solcher Losgeellschaften gewerbsmäßig betreibt, wird mit Gefängnis bis zu zwei Jahren und mit Geldstrafe bis zu dreitausend Mark oder mit einer dieser Strafen bestraft. Serien- und Prämienlosgeellschaften im Sinne dieses Gesetzes sind Vereinigungen, welche den Zweck haben, aus den Beiträgen der Mitglieder Inhaberpapiere mit Prämien (Reichsgesetz vom 8. Juni 1871, Reichsgesetzl. 1871 S. 210 fg.) oder Bezugs- und Anteilsscheine von solchen Prämienpapieren zu erwerben und die Gewinnchancen aus denselben gemeinschaftlich auszunutzen. § 2. Die gleiche Strafe trifft denjenigen, der in anderer als der durch § 1 getroffenen Weise gewerbsmäßig Anteile von Inhaberpapieren mit Prämien oder Urkunden, durch welche solche Anteile zum Eigentum oder Gemeinbesitz übertragen werden, feilbietet oder veräußert. Weiter schlägt die Kommission vor, der Vorlage neu einzufügen: § 3. Die allgemeinen Bestimmungen im ersten Teil des Strafgesetzbuchs für das Deutsche Reich, insbesondere über die Teilnahme durch Mittäterschaft, Anstiftung und Beihilfe, finden Anwendung. Endlich wird vorgeschlagen, als Uebergangsbestimmung einzufügen: § 4. Dieses Gesetz tritt mit seiner Verkündung in Kraft. Auf die Abwicklung der Geschäfte von Vereinigungen, deren Mitglieder schon vor der Bekanntmachung des Gesetzes eingetreten sind, findet das Gesetz erst nach Beendigung der Abwicklung, spätestens aber mit dem 1. Juli 1907 Anwendung.

A. Bape will nicht zum Gesetz sprechen, sondern sich nur eine Anfrage erlauben. Wie er erfahren habe, werden die Gewinne für die Schleswig-holsteinische Landes- und Industrie-Lotterie, die im Fürstentum Lübeck und auch in Lübeck zugelassen sei, von preussischen Gewerbetreibenden hergestellt; er bitte den Senat, dafür zu wirken, daß auch ein Teil der Gewinne von Lübeck gekauft und hergestellt werde.

Wissell: Ich habe bedauert, nicht schon in der letzten, diesem Gegenstande gewidmeten Sitzung zum Wort gekommen zu sein; gemeldet hatte ich mich schon 21. Mai zum Wort, obgleich ich ursprünglich nicht die Absicht hatte, dies zu tun — wie schon so oft. Aber es kommt immer dann anders. Der Grund zu meiner Wortmeldung war eine Bemerkung des Herrn Rechtsanwalts Dr. Wittern, die in mir eine eigene Empfindung auslöste und die ich nicht ohne ein Wort der Erwiderung lassen will. Durch die Worte des Herrn Dr. Wittern wurde ich an eine kleine Inschrift erinnert, die, wie vor kurzem die Zeitungen berichteten, im Anwaltszimmer des Justizgebäudes in Rudolstadt angebracht sein soll:

„Prozeßstoff ist ein hässliches
Darein ein Körnlein Rechts ist.“

Mir kam der Gedanke an diesen Spruch um deswillen, weil ich mir gleich sagte, daß an den ganzen Ausführungen des Herrn Dr. Wittern, die ich im Auge habe, auch nur ein Körnlein Rechts sein werde. Dr. Wittern bemerkte, daß es wohl schwierig sei, die Serienlosgehändler strafrechtlich heranzuführen, und er sagte dann nach dem Stenogramm wörtlich: Das kommt wohl mit daher, weil sie augenblicklich juristisch außerordentlich geschickt beraten sind, besonders durch den bekannten sozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten Heine, der gewissermaßen Spezialist auf diesem Gebiete ist und aus dessen Feder im wesentlichen die Gesellschaftsverträge, soweit mir die Sache bekannt geworden ist, stammen. Aber ich glaube, ein scharfsinniger Staatsanwalt (Heiterkeit) wird trotzdem die Schwindler sehr bald zur Verantwortung ziehen können. Das heißt mit andern Worten also, daß, wenn wir einen scharfsinnigen Staatsanwalt hätten, und wenn nicht die außerordentlich geschickte juristische, durch einen Sozialdemokraten erteilte Beratung wäre, die Schwindler ohne neues Gesetz gefaßt werden könnten. Allerdings schränkte Dr. Wittern als Jurist seine Worte dahin ein, daß er bezüglich der ersten Voraussetzung davon spricht, daß er es glaube und bezüglich der zweiten, daß er hinzufügt: Soweit mir die Sache bekannt geworden ist. Das mit dem scharfsinnigen Staatsanwalt kümmert mich nicht, das andere um deswillen um so mehr, als sich bei diesen Worten des Herrn Dr. Wittern die Blicke einer ganzen Anzahl Herren der Bürgerschaft auf uns richteten. Sie hatten wohl alle die Empfindung, daß die behauptete Ausarbeitung der Gesellschaftsverträge doch etwas stark sei. Für einen der Herren Richterflatter war es denn auch — wie man zu sagen pflegt: ein gesundes Freisen — da er schrie: „Dem sozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten Schwarz, der die Serienlosgehalte scharf verurteilt hatte, sagte Dr. Wittern, daß die schwindelhaften Prospekte, die so geschickt abgefaßt seien, daß das Gesetz sie nicht treffen könne, bei Abfassung sich der Mitarbeit eines sozialdemokratischen Berliner Rechtsanwalts erfreuten.“ Das Körnlein Wahrheit an der Rede Dr. Witterns ist, daß der Rechtsanwalt Dr. Heine schon Leiter und Vertreter von Serienlosgeellschaften vor Gericht verteidigt hat.

Es hat sich jedoch in allen diesen Fällen nicht um Anklagen wegen betrügerischer Manipulationen gehandelt, sondern nur darum, ob der Betrieb dieser Gesellschaften den Bestimmungen über Lotterien oder Abzahlungsgehalte usw. unterstellt werden könnte, also um rein juristische Fragen. Bei allen diesen Verteidigungen hat Heine stets betont, daß er persönlich dem gemeinsamen Erwerb von Serienlosgehalten durch Losgeellschaften ebenso lehrend gegenüberstehe, wie den von anderer Seite so propagierten Staats- und Wohlthätigkeitslotterien und den Wettten am Totalisator, daß aber nur die Gesetzgebung zuständig sei, dagegen vorzugehen und daß man Handlungen, die zurzeit noch gesetzlich erlaubt seien, nicht mit Hilfe gekünstelter und unwahrer Strafrechtskonstruktionen bekämpfen dürfe. Jene welche Statuten oder Prospekte hat Heine nicht verfaßt. Wie Dr. Wittern nun zu seinen Bemerkungen gekommen ist, wie er, trotzdem Dr. Heine das von mir eben Gesagte öffentlich erklärt hat, seine Worte nicht zurücknimmt, ist mir schleierhaft. Ich kann nur annehmen, daß Herr Dr. Wittern in seinem harmlosen Gemüt sich gar nichts Böses bei seinen Worten gedacht haben will und dann wäre es ja erklärlich, daß er von sich auf andere schiebt. Immerhin scheint aber doch auch Dr. Wittern in der Materie selbst nicht mehr ein Neuling zu sein, hat er doch sogar längere Ausführungen über die Sache an sich gemacht. Da dürften ihm dann doch auch schon die Statuten und Prospekte gekommen sein, die von den Serienlosgehältern in die Welt hinausgeschickt werden, und auf denen mit den Namen Lübeckischer angesehenere Notare ein Gebrauch gemacht ist, der auch schon bald zum öffentlichen Skandal wird. Die Herren haben die Unterschrift irgend eines Bücherrevisors beglaubigt, der einen Revisionsbericht über die Geschäftsbücher der Serienlosgehälter erstattet hat. Das wird nun in einer Weise von den Serienlosgehältern verwertet, daß der gewöhnliche Leser aus dem Volke die Meinung gewinnt, daß der Lübeckische Notar die Richtigkeit des Revisionsberichts verbürge. In ähnlicher Weise nun, wie die Herren Serienlosgehälter den Namen der Lübeckischen Notare für ihre Zwecke gebrauchen, hat der Herr Anwalt des Rechts Dr. Wittern hier den Namen des Herrn Dr. Heine gebraucht. Wie man das bezeichnen kann, will ich nun aber doch lieber nicht sagen. Ich bin zwar im allgemeinen nicht um Worte verlegen, aber ich müßte dann doch wohl ein Wort wählen, das, um die Sache richtig zu treffen, die Klingel des Herrn Vorsitzers unangenehm in Erinnerung setzen würde — aber ich möchte dem Herrn Vorsitzenden die Arbeit ersparen. Aber ich will doch die Worte des Herrn Dr. Wittern auf ihren wahren Wert zurückgeführt haben.

Dr. von Bröcken: Wenn Dr. Wittern sich geirrt habe, so würde er wohl nicht zögern, seinen Irrtum einzugeben. Es sei aber richtig, daß Rechtsanwalt Heine gerade vielfach die Serienlosgeellschaften vertreten habe. Bedauern müsse er, daß Wiffell die Staatsanwaltschaft angegriffen habe; dieselbe verfolge das Prinzip, nur dann eine Anklage zu erheben, wenn auch eine Beurteilung sicher ersehe. In Preußen sei die Praxis der Staatsanwälte zwar anders, doch glaube er nicht, daß dieselbe der Lübeckischen vorzuziehen sei. Die Notare können nichts dagegen tun, wenn mit ihrem Namen Mißbrauch getrieben werde. Jetzt sei man dahin gekommen, die Beglaubigung derartiger Unterschriften abzulehnen.

Wiffell: Es sei hoch sonderbar, daß Dr. Wittern seine Ausführungen gegen Heine nicht richtig berichtet habe, obwohl dieselben öffentlich von Heine für falsch erklärt worden seien. Er habe sich auch nicht gegen die Staatsanwaltschaft gewendet, sondern nur die bezüglichen Ausführungen Dr. Witterns nach dem Stenogramm zitiert. Daß man den Notaren keinen Vorwurf daraus machen könne, wenn mit ihrem Namen Mißbrauch getrieben werde, habe er selbst betont.

Der Senatsantrag in der Kommissionsfassung wird darauf einstimmig angenommen.

Der nächste Senatsantrag betrifft den Verkauf von Staatsländereien am linken Traveufer an das Hochofenwerk. Der Senat stellt zur Mitgenehmigung der Bürgerschaft: daß den vom Finanzdepartement am 21. Juni 1906 abgeschlossenen Verträgen über den Verkauf von Staatsländereien am linken Traveufer an das Hochofenwerk Lübeck die vorbehaltene höhere Genehmigung erteilt werde.

Wiffell: Bei einer anderen Gelegenheit sagte ich schon, daß wir Gegner jeglichen Verkaufs von Staatsländereien sind. Von diesem Standpunkte aus schon werden wir gegen diese Vorlage stimmen. Aber selbst wenn wir nicht diese prinzipiellen Gegner wären, müßten wir gegen diesen Verkauf stimmen, weil der Verkauf zu Preisen erfolgt und für die dem Hochofenwert gewährten Rechte Beträge gezahlt werden, die auch nicht im Entferntesten dem Werte entsprechen. Eine Begründung gibt der Senat nicht, er gibt als Anlage 1 seiner Vorlage nur einen Auszug aus dem Protokolle des Finanzdepartements in dem gesagt wird, daß dieselben Preise gezahlt würden, die der Staat auch zum Ankauf anwenden müßte und daß in den langwierigen Verhandlungen mehr nicht zu erreichen gewesen sei. Die vom Staat seiner Zeit erzielten Preise sind nur darum so außerordentlich niedrig gewesen, weil die Besitzer sie nur für landwirtschaftliche Zwecke — wenn überhaupt — haben verwenden können. Bei den damaligen Verkäufern ist wohl keiner, der jetzt nicht der Meinung ist, daß er ein recht großer Fiel beim Abschluß des Verkaufs gewesen sei, denn nach Bekanntgabe der Pläne über die Ausgestaltung der Wasserstraßen ist der Wert — der ganz reelle Wert, kein Spekulationswert — für das hier in Betracht kommende Gelände im wesentlichen höherer geworden. Für die auf Grund des Bürgerchaftsbeschlusses vom 19. Februar erworbenen Grundstücke betrug der Mindestpreis — auch für in der Gemeinde künftighin belegenden — 60 Pfg. pro Quadratmeter gegen 17 Pfg. die früher gezahlt wurden. Das findet nun ganz unsere Billigung, daß die durch die Einrichtungen des Staates geschaffene Wertsteigerung vom Staat in Anspruch genommen wird. Hier geschieht das alles nicht, sondern das uns zur Genehmigung vorgeschlagene Verfahren läuft darauf hinaus, den durch die Ausgestaltung der Wasserstraßen geschaffenen Wert der Grundstücke den ursprünglichen Besitzern zu nehmen und ihn zum größten Teil außerhalb Lübeck wohnenden Leuten zuzuteilen. Wir brauchen nur auszubedenken wie die Sache in 20 Jahren sein wird, und man wird es nicht begreifen können, wie der Staat zum Preise von 14,5 bis 23 Pfg. pro Quadratmeter erworbener Gelände zu diesem Preise wieder hat verkaufen können. Nun wird man vielleicht sagen, der Staat habe dies Gelände für das Hochofenwerk erworben, es sei ihm von vornherein zugezählt gewesen. Was sein, aber daß das Anlag sein könnte, für den Staat auf die durch seine Maßnahmen geschaffene Wertsteigerung zu verzichten, vermag ich nicht zu begreifen. Und ich meine, daß selbst vom Standpunkt desjenigen, der gegen den Verkauf von Staatsländereien nichts einzuwenden hat, müßte diese Vorlage unannehmbar sein. Er wird freilich doch nur einen Verkauf zustimmen können, unter der Voraussetzung, daß

der wirkliche Wert der Ländereien bezahlt wird. Die Behauptung wird nun aber wohl niemand aufstellen wollen, daß der zu den abgeschlossenen Preisen bezahlt würde. Nun verkauft der Staat aber auch eigenes, nicht erst angekauft Gelände. Ba. 31 Quadratmeter Land und 7 Hektar 66 Aar 30 Quadratmeter Wasserfläche. Wie auch dieses zum Preise von 17,3 Pfg. pro Quadratmeter verkauft werden kann, ist unverständlich, und wenn man das in der breiten Öffentlichkeit erfährt, wird man mit Recht die schärfste Kritik zu üben berechtigt sein. Nun wird aber der Verkauf noch mit besonderen Berechtigungen teilweise mit der Anbau- und teilweise mit der Bösch- und Ladeberechtigung ausgestattet. Da wird zwar eine Zahlung für geleistet. Für die Unbauberechtigung pro Quadratmeter 29,7 Pfg. und 8,72 Pfg. Pfennig meine Herren, nur Pfennige! In dem Bericht des Oberbaudirektors vom 8. März 1905 ist uns auf Seite 68 mitgeteilt, daß dem Eigentümer der Hofes Dänischburg das Bösch- und Laderecht zugestanden würde, wofür er für das hinter der Bahnlinie liegende Land pro Quadratmeter 30 Pfg. und für das Gelände von der Trave bis zum Bahndamm 1 Mk. zahlen mußte und hier diesen Betrag von 8,72 Pfg.! Auch in dem Betrage, der mit der Firma Willeroy u. Koch geschlossen und am 2. 4. die Genehmigung der Bürgerschaft gefunden hat, sind die Sätze von 1 Mk. resp. 30 Pfg. zugrunde gelegt. Die Firma Wilmus zahlte unter wesentlicher Beschränkung 25 000 Mk. Aber nicht nur diese so ganz außerordentlichen Vergünstigungen sind dem Hochofenwerk gewährt, auch hinsichtlich des Bahnanschlusses ist es der Fall. Ich muß mich auf den Bericht des Oberbaudirektors wieder berufen. Er sagt bezüglich der für den Anschluß an die Uferbahn geltenden Grundstücke, daß zu den Herstellungskosten der Bahnanlage ein Beitrag nach einem Einheitsfuß zu leisten sei, dessen Höhe nach der Größe des Fabrikgrundstückes und dessen Frontlänge zu bemessen sei. Dem mag man zustimmen. Wohl sind Einheitsfüße festgelegt, dieselben, die auch für die Firma Wilmus vereinbart waren — eine Anschlußgebühr von 300 Mk. und eine Abgabe von 25 Mk. für jedes Meter der Frontlänge des Grundstückes an der Bahnlinie, aber daß dieser Einheitsfuß nach der Größe des Grundstückes bemessen sei, wird man wohl nicht sagen wollen und können. Wenn man die beiden Grundstücke vergleicht, die der Firma Wilmus und die des Hochofenwerks, dann kommen einem die Unterschiede so recht klar zum Bewußtsein. Wohl noch nie und nirgends sind solche industrielle Terrains und mit solchen Berechtigungen zu einem solchen Spottpreise veräußert worden, sind die selbstverständlichen Voraussetzungen, selbst nach der Ansicht des Herrn Senators, der die Sache heute hier vertritt. Am 2. April jagte nach dem Stenogramm der Herr Senator Eichenburg, daß man die angekauften Ländereien wertvoll machen müsse durch die Inverbindungsetzung mit den Verkehrswegen — im betreffenden Falle handelt es sich um die Eisenbahn. Und er sagte dann wörtlich: „Wenn Sie die neuen Ländereien wieder zu Industriezwecken verkaufen, werden Sie die Kosten der Eisenbahn selbstverständlich ausschlagen, und Sie werden auf die Weise Ihr Geld wiedersehen.“ Ja, meine Herren! Wir sehen das Geld nicht wieder, sondern ihm nach. Ich will nun gar nicht eingehen auf die gewährten Stundungen der Gelder, die mit 3 1/2 Prozent verzinst werden sollen, während wir für unsere Schulden 4 Prozent zahlen müssen. Das würde mich zu weit führen. Das Größte genügt mir, um festzustellen, daß in keiner Vorlage die Interessen des Staates so schlecht gewahrt sind, wie in dieser. Der Staat gibt seine Interessen aus der Hand, schädigt die Allgemeinheit. Die Staatsinteressen würden nur gewahrt, wenn der Staat die Ausnutzung der schon jetzt eingetretene und in Zukunft noch mehr eintretende Wertsteigerung sich vorbehielt. Geben Sie, wenn Sie Industrie heranziehen wollen, den Grund zu einem so billigen Pachtpreis — meinetwegen auf 50 Jahre oder noch länger — wie sonst nirgends einer zu finden ist — vielleicht zu 2 Proz. des wirklichen Wertes oder gar zu 2 1/2 Proz., wahren Sie sich aber das Recht der Neuversteigerung des Wertes von 10 zu 10 Jahren, und geben Sie nicht das Eigentumsrecht aus der Hand. Mit der steigenden Bevölkerung wächst auch der Wert des Grund und Bodens. Erhalten Sie diesen Wert unseren Kindern. Nun möchte ich mir noch eine Frage erlauben. Heute liegt uns der Antrag auf Verkauf des Geländes vor. Seit einem halben Jahre wird auf dem Gelände gebaut, das unterste wird zu oberst gefeiert. Bauten werden errichtet. Der Senat und die Bürgerschaft sind eingeladen zu einem Besuch nach ihrem eignen Boden und dort gewesen. Haben der Grundsteinlegung beigewohnt. Der Grundsteinlegung fremder Gebäude auf Staatsgrund, wie ist ein solcher Zustand nur denkbar und möglich?

Senator A. S. C. v. S.: Er hoffe mit dem Vorredner, daß der Wert des Grund und Bodens in den kommenden Jahren sich bedeutend erhöhen werde. Das Hochofenwerk habe sich 1. St. den Ankauf der Ländereien, die vom Staat für diese Zwecke erworben sind, zu außergewöhnlichen Bedingungen gesichert. Die gezahlte Entschädigung für das Bösch- und Laderecht ist nicht zu niedrig bemessen, der für die Grundung in Anlaß gebrachte Zinsfuß von 3 1/2 Proz. sei seiner Zeit, als der Vertrag geschlossen wurde, üblich gewesen.

Senator J. S. C. v. S.: Für den Eisenbahnanschluß ist als Anrechnungsgebühr einheitlich 300 Mk. zu zahlen; mit der Größe des Werkes hat das nichts zu tun. Die Aktionäre, zum großen Teil Lübecker, können verlangen, daß der Staat keine unbilligen Bedingungen stellt. Es sei übrigens auch vielfach der Fall, daß Grundstücke von anderen benutzt würden, bevor sie an diese verkauft seien; zumal in diesem Falle war das berechtigt, da sich die Bürgerschaft dem Verkauf doch nicht widersetzen würde.

Wiffell: Wenn mit dem Hochofenwert Nebenabmachungen getroffen worden sind, so mag das ja seitens des Senates geschehen sein; die Bürgerschaft hat jedenfalls nicht darüber gehandelt. Letzteres hätte aber geltehen müssen. Auch dazu sei die Einwilligung der Bürgerschaft erforderlich gewesen, daß Staatsland vom Hochofenwert benutzt würde. Jedenfalls seien die geäußerten Bedenken durch die Ausführungen vom Senatspräsidenten in keiner Weise beseitigt worden.

Senator J. S. C. v. S.: Ich kann nicht mit Bestimmtheit sagen, ob die Nebenabmachungen der Bürgerschaft vorgelegen haben; im Bürgerausschuß sind sie jedenfalls erörtert worden.

Senator A. S. C. v. S.: Wenn Herr Wiffell darauf hinweist, daß die Höhe des Preises für den Bahnanschluß usw. nach der Größe der Anlage zu erfolgen hat, so ist damit doch nur zu rechtfertigen, daß, je größer eine Anlage ist, der Preis desto niedriger sein muß.

Schwabroch wendet sich dagegen, daß der Grund und Boden in Erbpacht gegeben wird, da in diesem Falle sich schwerlich Leute finden würden, die auf so unsicherer Grundlage industrielle Anlagen errichten würden.

In der Spezialberatung macht Wiffell auf den Widerspruch aufmerksam, der darin liegt, daß nach dem

Vertrag mehr Land verkauft werden solle, als wie i. St. vom Staat gekauft worden ist.

Senator J. G. Evers klärt die Sache dahin auf, daß beim Ankauf des betr. Grundstücks von Schlitz ein weiteres Areal zum Ankauf angeboten worden und auch erworben sei.

Beim § 7 beantragt Konful Dimpfer, daß durch die Festsetzung der Gebühr für das Hoflohnwerk, die gesetzlich noch gar nicht festgelegt sei, für die Zukunft kein Präjudiz geschaffen werde.

Nach längerer Geschäftsordnungsdebatte wird sowohl die Senatsvorlage als auch der Antrag Dimpfer angenommen.

Debatte los angenommen werden die Senatsanträge betr. Bewilligung weiterer Mk. 24000 zum Bau der äußeren Holstenbrücke und Erwerb und Austausch von Grundstücken im Gemeindebezirk Nigerau zwecks Abrundung des Fortkreviers.

Der nächste Senatsantrag betrifft die Gewährung einer außerordentlichen Beihilfe an den Verein der Musikfreunde für die Spielzeit 1906/07 und 1907/08 in Höhe von je 12000 Mk.

B. Pape: Unsere prinzipiellen Standpunkte hat mein Freund Schwarz bereits i. St. bei der Bewilligung der Subvention auf 5 Jahre zum Ausdruck gebracht. Ich habe mir das Wort erbrochen, um hier einen Fall zur Sprache zu bringen, der die Art, wie alten Mitgliedern des Orchesters gefündigt worden ist, illustrieren soll.

Senator Dr. Schön meint, daß die Kündigung der beiden Musiker doch nicht zum Grund für die Ablehnung der Vorlage werden könne (Wissell ruft: Aber die Art der Kündigung!)

A. Pape: Es ist sonderbar, daß die im Bürgerchaftsaale anwesenden Vorstandsmitglieder nichts auf die Neußerungen Papes antworten. Es sei notwendig, daß dem Verein, der angeblich gemeinnützig wirken wolle, bürgerliche Deputierte beigeordnet würden, damit man sehe, was mit dem Gelde der Steuerzahler geschehe.

Senator Dr. Vermehren: Der Musikverein hat die Pflicht, über seine Kassenführung alljährlich bei seiner Aufsichtsbehörde, dem Stadt- und Landamt, Rechnung abzulegen. Das ist auch stets geschehen.

B. Behn: Die Kündigung der beiden Mitglieder des Orchesters ist nicht aus den Herrn Pape angeführten Gründen erfolgt, sondern deshalb, weil sie nicht mehr leistungsfähig waren. Die beiden Herren sind übrigens nicht brüchig, sondern Mitglieder der Stadtkapelle geworden; auch stehe ihnen, wie jedem Mitgliede eines Lübecker Orchesters, die Unterstützung aus der Kasse der Lübecker Musiker in den späteren Jahren zu.

A. Pape: Da der Verein der Musikfreunde aus staatlichen Mitteln Unterstützung bezieht, so kann man auch von ihm verlangen, daß er in der Bürgerchaft Rechenschaft ablegt. Die gepöbelte Debatte hat deutlich bewiesen, daß es notwendig wäre, dem Musikverein bürgerliche Deputierte beigezuordnen.

Senator Dr. Vermehren sieht keinen Grund, daran etwas zu ändern, daß dem Vorstand des Musikvereins die Verwendung der Subvention nach eigenem Ermessen überlassen wird.

B. Pape: Wenn die Bürgerchaft die hohe Subvention für den Musikverein begahlt, so habe sie auch ein Recht darauf, näheres über die Verwendung desselben zu erfahren. Wenn Herr Behn sage, daß die gefündigten beiden Mitglieder nicht mehr tüchtig seien und jetzt der Stadtkapelle angehören, so würde dadurch diese Kapelle herabgesetzt. Soweit wie er die entlassenen Musiker kenne, seien dieselben doch wohl noch fähig, ihren Posten auszufüllen.

Dr. v. Brocken: Die Kündigung der beiden Mitglieder erfolgte, weil das technische Können derselben nicht mehr ausreichte. Bezeichnend sei es, daß die Leute schon dem Vorstande ausgekündigt hätten, sie würden dafür sorgen, daß die Sache in der Bürgerchaft zur Sprache kommen würde. Daß der Musikverein an dem bedauerlichen Ruin der Stadthallengesellschaft Schuld sei, ist nicht zutreffend.

Schnell sucht nachzuweisen, daß das Vorgehen des Musikvereins die Schuld an dem Zusammenbruch der Stadthalle sei, die leider nicht die Unterstützung der Lübecker

gefunden habe. Viele Handwerker erleiden dadurch schwere Verluste.

Dr. v. Brocken: Der Musikverein könne doch nichts für die Vorarbeiten, die bei der Erbauung der Stadthalle begangen sind. Redner bezeichnet im Uebrigen die Ausführungen Schnell als unzutreffend.

Wissell hält es für notwendig, daß die Bürgerchaft in der Frage der Anstellungsverhältnisse der Musiker Klarheit erhalte. Wir sind gern bereit, für Kunst und Wissenschaft erhebliche Summen zu zahlen und würden für eine höhere Subvention des Musikvereins stimmen, wenn nachgewiesen wird, daß dieselbe zur anständigen Besoldung der Musiker notwendig sei.

Nach weiterer unwesentlicher Debatte wird die Senatsvorlage angenommen.

Debatte los genehmigt wird der Senatsantrag betr. Verwendung des Vermögens der ehemaligen Hilfskasse der Stadtmusiker.

Auf Antrag Hempel tritt sodann in Anbetracht der großen Hitze und der vorgerückten Zeit Vertagung ein. Schluß 9 Uhr.

Lübeck und Nachbargebiete.

Dienstag, den 31. Juli.

Wegen Massregelung von Verbandsmitgliedern ist der Boykott über die Thüringer Wurstfabrik von Aug. Scheere verhängt worden. Arbeiter, denkt daran!

Leitung, Fischschiffer! Ueber den Betrieb von A. Solst W. e. ist die Sperre verhängt.

Achtung, Gewerkschaftsklassierer! Der Kassierer des Gewerkschaftsstellens und des Arbeitersekretariats wird am Mittwoch, den 1. und Donnerstag, den 2. August abends von 8 Uhr an, zur Entgegennahme der Beiträge im Vereinsbureau anwesend sein.

Zum mysteriösen Waffenschmuggel nach Finland wird gemeldet: Ermittlungen der dänischen Polizei haben die Nichtigkeit der Aussagen des Kapitäns von dem Motorschoner „Peter“ ergeben. Der Kapitän sollte 707 hier an Bord genommene Kisten mit Handfeuerwaffen und Munition nach Uleå (Schweden) bringen.

Ein kleines Feuer wurde gestern in der Wiedestraße dadurch verursacht, daß frevelhafte Hände das an der Straße befindliche Buschwerk in Brand setzten.

Ertrunken. Am Sonnabend ertrank der auf Tremstam wohnende Knabe Willi Jakob, 12 Jahre alt, beim Baden in der Trave.

Wilhelm-Theater. Mit einer Neueinstudierung von Alexander Bisson's: „Der Schlafwagen-Kontrollleur“ beginnt am Mittwoch die Tätigkeit der Direktion Feldhufen an altgewohnter Stätte.

Verpöbert wurde das Geld für 21 Schüsse, als gestern mittag der lächelnde Bürgermeister Dr. Schenburger den Küstenpanzer „Fritzhof“ verließ, dem er einen Besuch abgestattet hatte.

Die Wassermenge des Krähenteiches betrug gestern 24 Grad.

pb. Diebstahl. In der Nacht vom 22. zum 23. d. M. wurde auf dem Leuchtenfelde in Travemünde aus einer Verkaufshube 2 Weckuhren, 2 Blumenvasen, 2 Pflanzfiguren und 2 Tassen gestohlen.

Malente. Des deutschen Reiches Macht und Herrlichkeit lautete das Thema, über welches Genosse Paul Hoffmann-Hamburg am 30. Juli in Krohn's Gasthof vor zahlreicher Zuhörerschaft referierte.

Hamburg. Verhängnisvolle Gasexplosion. Ein schweres Unglück, bei dem eine Person getötet und eine andere verletzt wurde, hat sich in St. Georg ereignet.

Knorrestraße 15 in der ersten Etage wohnende Herr Garmas, dessen Frau mit den Kindern verzeilt ist — nach Hause und suchte seine in den zwanziger Jahren stehende Schwester, die vor ihm nach Hause gekommen war.

Altona. Drei Personen wegen Vergehens gegen die Sittlichkeit, begangen an Schulkindern, sind in den zwei letzten Tagen in Haft genommen.

Lauenburg. Ertrunken. Die Allgem. Lauenb. Landesztg. meldet: Am Sonntag vormittag 8 1/2 Uhr fiel der Bootsmann Oskar Dittmann aus Beutchen a. d. Oder vom Deck des Güterdampfers „Breslau“ und ertrank.

Bremen. Eine furchtbare Tragödie hat sich an Bord der Bremer Bark „Verra“ auf ihrer Reise nach Callao zugetragen. Als das Schiff in Newcastle Kohlen einnehmen wollte, kam der aus Petersburg gebürtige zweite Offizier Wulfius betrunken an Bord und begab sich in die Offizierskabine.

Baut. Das Schicksal der verschollenen Bootsfahrer, die am 30. v. M. von Wilhelmshaven aus mit einem Segelboot nach Wangeroog fuhren, dort aber nicht eingetroffen sind, ist nunmehr befestigt.

Emden. Vom Zuge überfahren. Auf dem hiesigen Bahnhof in der Larrelterstraße ist ein Fuhrwerk von dem Badeschneellage überfahren worden.

Beide Nachrichten.

Hannover. Ein schweres Automobilunglück ereignete sich gestern morgen gegen 1 Uhr bei Großhofs hinter Langenhagen.

München-Gladbach. Ein schweres Sittenverbrechen beging in Odenkirchen ein Riemenmacher aus Kalk.

Stuttgart. In ihrer gestrigen Versammlung beschloßen die ausständigen Buchbindereiarbeiter mit 266 gegen 27 Stimmen, daß der Streik entgegen dem vorgeschlagenen Beschluß, die Arbeit morgen wieder aufzunehmen, solange fortgesetzt werden soll.

Dankagung.
Für die vielen Kranzspenden und innige Teilnahme bei der Beerdigung unseres lieben unvergesslichen Sohnes, Bruders und Schwagers
Hans
sowie für die trostreichen Worte des Herrn Pastor Stülcken am Sarge des Entschlafenen herzlichsten Dank.
E. Stelly und Frau.

Arbeiter Bildungsschule
Lübeck.
Mitglieder-Versammlung
am Donnerstag den 2. August
abends 8 1/2 Uhr
im Vereinshaus, Johannisstraße 50-52.
Tages-Ordnung:
1. Abrechnung.
2. Festsetzung des Lehrplanes für das Winterhalbjahr.
3. Agitation.
4. Unser Stiftungsfest.
5. Unzere Vereinsangelegenheiten.
Zahlreiches Erscheinen erwartet.
Der Vorstand.

Groß. Räumungs-Ausverkauf
in **Kinderwagen-, Sitz- u. Liegewagen**
und **Sportwagen** mit **10% Rabatt.**
Das Lager ist gut sortiert.
H. Gröper, Wengstraße 18.

Die Geburt eines Mädchens zeigt an
B. Hilmer und Frau
geb. **Lübke.**

Für die vielen Geschenke und Glückwünsche anlässlich unserer Vermählung danken wir herzlich.
J. Burmester u. Frau.

Betragene Arbeitsstiefel u. Schuhe
kauft **A. Pohl, Mariesgrube 44.**
Bitte Postkarte.

Atelier für Zahntechnik
und **Zahnpflege.**
H. Schreiber, Breitef. 24

Bum 1. Oktober eine Wohnung
zu vermieten.
Elwigstraße 11c.

Zu kaufen ein kleines Haus mit Garten.
Offerten unter **W. O.** an die Exped. d. Blattes.

Gesucht Mädchen für Vormittags.
Su metd. n. 7 Uhr abends. **Krochstraße 36.**

Ein kräftiges Mädchen
außer der Schulzeit. **Krausf. 20, part.**

Zentral-Verband der Fleischer
und **Berufsgenossen Deutschlands.**
(Bahnhalle Lübeck)

Die Mitglieder-Versammlung findet
nicht am Mittwoch
sondern am

Donnerstag den 2. August
präzise 8 1/2 Uhr im Vereinshaus statt.
Das Erscheinen sämtlicher Mitglieder ist erforderlich.

Der Vorstand.

Feuerversicherung schließt ab unter günstigen Bedingungen **A. Besmann, Friedensf. 47.**

Briefstauben zu verkaufen. **Ludwigstraße 4.**

ASGARINE
ohra
Büchel
Gutes frisches im Sorten und auch ausgenommen empfehlenswert.
Ludw. Hartwig.
Sie erhalten Lubeca-Marken

Wilhelm-Theater
Leitung: Dir. E. Feldhusen.
Mittwoch den 1. August. 8 Uhr.
Der Schlafwagen-Kontrollleur.
Schwank in 3 Akten von Alexander Bisson.
In deutscher Bearbeitung von B. Jacobson.
Reperatoirstück des Berliner Residenztheaters.
Donnerstag: Sherlock Holmes.

10 Extra-Ausnahmetage

während meines diesjährigen großen

Saison-Ausverkaufs.

Um möglichst den Restbestand der Sommerwaren total zu räumen und für die neue Winterware Platz zu schaffen, veranstalte ich zum **Schluß** des Ausverkaufs noch **10 extra billige** Verkaufstage. Die Ausverkaufswaren sind nochmals bedeutend im Preise herabgesetzt, und gelangt das ganze Warenlager zu enorm billigen Preisen zum Verkauf.

Ich bitte folgendes Angebot ganz besonders zu beachten:

Großer Posten
reinwollener Kleiderstoffe
 in Blusenstreifen und Carreaux Crepes und Cheviots, Melangen und anderen Stoffen.
 jetzt Meter **90** Pfg.
 frühere Preise bis 3,00 Mk.

Großer Posten
Waschstoffe in Leinen, Waschseide, Zephyr, Mousseline pp.
 jetzt Meter **28** Pfg.
 frühere Preise bis 1 Mk.

Sämtliche Jacketts u. Mäntel
 wegen Aufgabe dieses Artikels
grösstenteils unter Einkaufspreis.

Sämtliche Blusen und Kostümröcke
 zu
jedem annehmbaren Preis.

Sämtliche
Herren- und Knaben-Anzüge
 um damit zu räumen
 teils für die Hälfte des regulären Wertes.

Sämtliche Aussteuer-Artikel, fertige Betten, Bettfedern und Daunen
 bedeutend im Preise ermässigt.

Hans Struve

Königstrasse 89 — Ecke Wahnstrasse.

Großer Posten
Wachstuch-Decken

Grösse 60/90 cm
 jetzt Stück **25** Pfg.

Grosse Posten angestäubte
Damen-Hemden und Beinkleider
 (extra ausgelegt)
 Serie I **98** Pfg. sonst bis 1,50 Mk.
 Serie II **128** Mk. sonst bis 2,40 Mk.
 Serie III **178** Mk. sonst bis 3,50 Mk.

Posten **weisser Bettbezüge**
 in Damast und Satin, schwere Ware, Stück Wert 4,50 bis 5,00 Mk. **3²⁵** Mk.

Posten **Damen-Achselschürzen**
 120 cm weit, mit Volant hübsch besetzt, prima Gingham Stück **1⁵⁵** Mk.

Reste

in woll. Kleiderstoffen, Waschstoffen, Bettsatins, Parchend, Hemdentüchern, Bettinletts, Schürzenzeugen usw.

zu nie dagewesenen Preisen.

==== Günstigste Gelegenheit für ganze Ausstattungen. ====

Heute beginnt unser diesjähriger

Räumungs-Ausverkauf.

Weisse Bettbezüge 130/200 Ctm.

Serie I sonst 4,00 Mk. jetzt 2⁹⁵ Mk.	Serie II sonst 5,75 Mk. jetzt 3⁷⁵ Mk.	Serie III sonst 9,75 Mk. jetzt 6²⁵ Mk.	Serie IV sonst bis 15 Mk. jetzt 9⁵⁰ Mk.
--	---	--	---

Grosse weite Träger-schürze **95** Pfg.

Grau Lein-Unterröcke **145** Mk.

1 Posten einzelne Damen-Wäsche.

Elegante Sommer-Unterröcke bedeutend unter Preis.

==== Teils für die Hälfte ====

bunte Oberhemde, Hüte, Stöcke, Handschuhe.	Hosenträger, Krawatten, Socken, Sportgürtel.	Blusen, Sonnenschirme, Sofakissen.	Damenstrümpfe, Kinderstrümpfe, Unterzeuge.
--	--	------------------------------------	--

Gardinen, Steppdecken, Bettdecken, Teppiche.

Tischtücher, Servietten, Handtücher, Betttücher.

Kinder- und Erstlings-Wäsche.

1 Posten Taschentücher fertig gestickte Sachen.

Gebrüder Hefti,

Lübeck,
 Untertrave 11/12,
 bei der Holstenstr.

Trotz der billigen Preise Rote Lubeca-Marken.

Die Preise sind ganz enorm ermässigt.

Wir bitten höfl. um Besichtigung der Schaufenster.

Bettstellen.

Betten.

Die deutschen Gewerkschaftskartelle im Jahre 1905.

II

Die Gesamteinnahmen der Kartelle im Jahre 1905 betragen ohne die Einnahmen aus den Streiksammlungen 512 394 Mark davon aus der letzten Beiträgen der Gewerkschaften 318 811 Mark. Im Jahre 1904 war es 376 Kartellen ein Kassubestand von insgesamt 209 832 Mark vorhanden, jedoch den Kartellen für das Jahr 1905 eine Summe von 722 226 Mark zur Bestreitung der laufenden Ausgaben zur Verfügung stand. Ausgegeben wurden von 455 Kartellen, welche diesbezügliche Angaben gemacht haben, insgesamt ohne Steuerunterstützung 499 671 Mark. Der am Schlusse des Jahres 1905 vorhandene Kassubestand beträgt in 442 Kartellen zusammen 258 115 Mark.

Die von 290 Kartellen veranstalteten Sammlungen für Streiks und Ausparaden ergaben die Summe von 948 166 Mark. Für Streiks am Orte wurden 194 035 Mark und für auswärtige Streiks 718 757 Mark verausgabt. 204 Kartelle zahlten insgesamt aus der Kartellkass 34 077 Mark Streikunterstützung und 79 Kartelle erzielten durch die Sammlungen einen Überschuss von zusammen 69 443 Mark.

Die Ausgaben für Agitation stieg gegen das Vorjahr kaum gestiegen, obgleich die Zahl der Kartelle, die solche Ausgaben gemacht haben, 358 gegen 289 in 1904 beträgt, während 289 Kartelle und 11 000 Mt. mehr für Agitation im Jahre 1904 verausgabten, als 280 Kartelle im Jahre 1903. Auch hierdurch wird bewiesen, daß die Agitation im letzten Jahre von den Kartellen recht flüchtig behandelt worden ist. Die Ausgaben für Vertreterwahlen stiegen und fallen naturgemäß, je nachdem solche Wahlen, die periodisch stattfinden, in dem einzelnen Jahre in Frage kommen.

Darüber, in welchem Umfange und mit welchem Erfolge die Gewerkschaftskartelle sich an den Vertreterwahlen beteiligten, enthält die Statistik keine Angaben. Das Ergebnis der diesbezüglichen Erhebungen wird, einen mehrjährigen Zeitraum umfassend, besonders bearbeitet und veröffentlicht werden.

Die Ausgaben für Anstandsvertretung und für Bildungszwecke sind im letzten Jahre ganz erheblich angewachsen. Es ist sehr erfreulich, daß die Kartelle diesen Tätigkeiten gebieten immer mehr Beachtung schenken. Jedoch ist zu bemerken, daß die Errichtung von Arbeitersekretariaten wiederholt zu Streitigkeiten innerhalb der Kartelle und zum Austritt verschiedener Organisationsaus den Kartellen geführt hat, wodurch die Aktivität der betreffenden Kartelle sehr beeinträchtigt, teilweise für längere Zeit sogar die Agitation gänzlich lahmgelegt wurde. Von dem Standpunkt ausgehend, daß die Agitation unter keinen Umständen vernachlässigt werden darf, sollten die Vertreter der Gewerkschaften in den Kartellen die Frage stets kritisch prüfen, und die Errichtung eines Sekretariats sollte nur dann erfolgen, wenn eine Gewähr dafür geboten ist, daß sich Komplikationen daraus für die Gewerkschaften nicht ergeben. Gewiß, auch die Arbeitersekretariate haben agitativen Wert; wo aber diese Institute den Hauptzweck der Gewerkschaften eines Ortes darstellen, da werden sie ihres agitativen Charakters entbehren. Streikigkeiten, ganz gleich, ob innerhalb einer Gewerkschaft oder der Gewerkschaften unter einander, sind stets nur geeignet, die Positionen unserer Genossen zu stärken und die eigene zu schwächen. Ein krasses Beispiel dafür sehen wir in Bremer-Elberfeld. Vergessen wir nicht, daß die christlichen Gewerkschaften, die sich mehr und mehr ausbreiten, mit Argusaugen unsere Bewegung verfolgen, und jede ihnen passende Gelegenheit auszunutzen, um unsere Organisationsarbeiten in Mißacht zu bringen, damit ihr Welken desto besser blühe, so haben wir alle Ursache, jeden kleinsten Zwist zu vermeiden und bei allen unseren Unter-

nehmungen und nicht nur von dem einen Gedanken leiten zu lassen, daß die Einheit unserer gewerkschaftlichen Bewegung und die Entschiedenheit der Klassenbewußten Arbeiterbewegung überhaupt in keiner Weise gefährdet werden darf. Welche Anstrengungen die gegnerischen Gewerkschaften machen, um an Erfolg zu gewinnen, läßt sich daran erkennen, daß die Kartelle der gegnerischen Gewerkschaften sich im letzten Jahre wieder bedeutend vermehrt haben. Nach den Berichten unserer Kartelle, die allerdings auf Vollständigkeit in dieser Beziehung keinen Anspruch machen können, befinden sich in 145 Orten, in denen wir Kartelle besitzen. Ortsverbände etc. Christlich-Deutscher Gewerkschaften mit 430 Ortsverbänden und in 94 Orten Kartelle der Christlichen Gewerkschaften. Das Centralblatt der Christlichen Gewerkschaften veröffentlicht in seiner Nummer 14 vom 16. Juni 1906 ein Verzeichnis von christlichen Gewerkschaften, welches 145 Orte enthält. Neben einer Reihe kleinerer Orte Rheinlands und Westfalens, in denen keine Kartelle haben, sind auch die Städte Braunschweig, Bremen, Kassel, Dresden, Leipzig sowie eine Anzahl anderer Orte genannt, in denen Kartelle der christlichen Gewerkschaften bestehen sollen, von deren Vorhandensein aber unsere Kartellen nichts bekannt zu sein scheint, sonst würden sie wohl Angaben darüber für die Statistik gemacht haben. Andererseits haben einige unserer Kartelle Angaben über christliche Kartelle am Orte gemacht, die in der Liste der Christlichen nicht mehr verzeichnet sind. Unsere Genossen in den Kartellen scheitern an der systematischen Agitationsarbeit der Christlichen offenbar nicht die geringste Aufmerksamkeit, und doch ist es eine besondere Aufgabe der Kartelle, sich von dem Umfang genaue Kenntnis zu verschaffen. Man darf diese Bewegung durchaus nicht unterschätzen, wenn man auch noch so sehr davon überzeugt sein mag, daß sie niemals zu der Höhe sich aufzuschwingen vermag, auf der wir uns bereits schon befinden. Noch aber schreitet sie vorwärts und ihr Fortschritt muß uns ein Ansporn zu rastloser, begeisterter Agitationsaktivität sein.

Wenn wir auch an der Tätigkeit der Kartelle im letzten Jahre, soweit dieselbe durch die Statistik erfasst und zur Feststellung gebracht ist, in dieser oder jener Beziehung Ausstellungen zu machen haben, so müssen wir doch anerkennen, daß die Kartelle im allgemeinen bestrebt sind, die Arbeiterbewegung zu fördern. Ist doch die Gründung einer Gewerkschaftskartelle allein schon ein Beweis für die Regsamkeit der Genossen eines Ortes, und einzelne Kartelle haben wirklich schon hervorragendes auf den ihnen zugewiesenen Tätigkeitsgebieten geleistet. Als örtliche Organisationsarbeit ist ihre Wirksamkeit mehr oder weniger örtlichen Einflüssen unterworfen und gar vieles spielt sich innerhalb der Bewegung an einem Orte ab, was dem Kartell und den darin tätigen Genossen Arbeit in reichem Maße verursacht. Über diese interne Arbeit bieten die Jahresberichte der Kartelle dem, der sich eingehender mit der Sache vertraut machen will, reichliches Material.

Wir sagten schon, daß die Kartelle wesentlich zur Entfaltung der Gewerkschaftsbewegung beigetragen haben. Doch ist das allein nicht ihr Verdienst. Die Kartelle haben fast alljährlich sich zu Vereinigungen der Zweigvereine der Zentralverbände entwickelt, ihre Regularien nach Möglichkeit einheitlich gestaltet und sich den Beschlüssen der Gewerkschaftskongresse untergeordnet. Die Konstitution der Kartelle ist in eine Form gebracht, die es diesen ermöglicht, alle Fragen, die die Arbeiterbewegung eines Ortes gemeinsam interessieren, mit den Vertretungen der Parteiorganisationen beraten zu können. Die Errichtung von Arbeitersekretariaten, die Beschaffung von Versammlungsräumen, die Meister, das alles sind Dinge, die an vielen Orten gemeinsam von den Vertretern der Gewerkschaften und denen der Parteiorganisationen geregelt werden. Solches einheitliche Zusammenwirken beider Organisationsarten ist uns so erfreulich in einer Zeit, in der von Ehrgeiz und persönlichem Haß geplagte Elemente

sich der verwerflichsten Mittel bedienen, um die Einheit der Klassenbewußten Arbeiterbewegung zu zerstückeln. Die Gewerkschaftskartelle sind ganz besonders geeignet, wenn sie die nötigen Anstöße wollen lassen, den Bestrebungen, die darauf gerichtet sind, zwischen Gewerkschafts- und Parteibewegung einen Keil zu treiben, vorbeugen zu können. Diesen Bestrebungen, die meistens ihren Ausgangspunkt in persönlichen Geizhalsigkeiten haben und vor niedrigen Motiven biffiert sind, entgegenzutreten, müssen die Kartelle, wie jeder einzelne, der es ernst mit der Arbeiterbewegung meint, sich angelegen sein lassen. Und das geschieht dadurch, daß Meinungsverschiedenheiten in sachlicher Weise beseitigt, alle gehässigen Ausfälle sofort energig zurückgewiesen und durch Verbreitung von Bildung und Wissen die Arbeiter zu gleichmütigen Klassenkämpfern erzogen werden. Erziehungsanstalten sollen die Gewerkschaftskartelle sein. Das ist die Basis, nach der sich ihre gesamte Tätigkeit richtet. Erziehungsanstalten im weitesten Sinne. Daß sie es zum Teil schon sind und sich mehr und mehr dazu entwickeln, beweist die Statistik über ihre Tätigkeit. Wird in dieser Richtung weiter gearbeitet, so nur zum Vorteil der Arbeiterbewegung.

L. Brunner.

Soziales und Parteileben.

Die Generalversammlung der Zentral-Kranken- und Sterbefälle der deutschen Württemberger, eingeschriebene Hilfskasse, Siegen, fand vom 23. bis 26. Juli in Düsseldorf statt. Die Kasse braucht einen Reservefonds von 80 000 Mt., hat aber nur 65 000 Mt. Ein Antrag, die Kasse aufzulösen, wurde mit 11 gegen 9 Stimmen abgelehnt, ebenso wurde mit der gleichen Stimmenzahl ein Antrag auf Umwandlung in eine Zuschußkasse abgelehnt. Eine Erhöhung der Beiträge wurde aber auch nicht erfolgen, da sich hierfür die erforderliche Zweidrittelmehrheit nicht fand. Dagegen fand ein Antrag Annahme, in jedem Quartal statt 13 von je ab 14 Wochenbeiträge zu erheben. Der bisherige Vorstand wurde wiedergewählt. Die nächste Generalversammlung findet 1909 in Mainz statt.

Das Urteil des Parteischiedsgerichts über die Fortier-Zwistigkeiten. Am 21. und 22. Juli hat in Rotibus ein Parteischiedsgericht erortert, daß sich mit den in der Redaktion der „Märkischen Volksstimme“ zwischen den Redakteuren Marckwald und Berner ausgebrochenen Differenzen befaßt in deren Verlauf die Fortier-Partei Genossen gegen die Genossen, Red. Berner und Woßinger der Beschlusmission, Rubenbunt, den Antrag auf Ausschluß aus der Partei wegen ehelicher Handlungswiese gestellt hatten. Das Schiedsgericht hat den Ausschlußantrag einstimmig abgelehnt, da wesentlich unwahre Behauptungen gegen Marckwald nicht aufgestellt worden sind. Ferner hat das Schiedsgericht festgestellt, daß das Verhalten Marckwalds in der Kandidatenfrage nicht einwandfrei war, wenn auch die Behauptung Berners bezüglich der Künstlichkeit des Mandats durch Marckwald der Berechtigung entbehre. Ferner ist das Schiedsgericht der Meinung, daß Marckwald im Interesse einer ordnungsmäßigen Erledigung der Kandidatenfrage hätte bestrebt sein müssen, daß ihre Erörterung in den Diskussionsforen solange unterbleibe, bis der Bericht der eingestellten Kommission vorlag. Auf das allerentschiedenste muß das Schiedsgericht das Verhalten Marckwalds gegen Berner in dem Briefe, in dem er davon spricht, er wolle Berner goldenen Brücken bauen, wenn er Brot brauche, als eine maßlose Ueberhebung gegenüber seinem Kollegen mißbilligen. Andererseits sei bei der Behauptung, Marckwald wolle sich von der verantwortlichen Zeichnung bauernd brücken, und daß Marckwald sich um andere Stellung bewirbt, weil er zeitweise verantwortlich zeichnen mußte, nach Ansicht des Schiedsgerichts nicht erweisen.

Im Banne des Spiritismus.

Reitroman von Friedrich Thiele.

73. Fortsetzung.

Nachdruck verboten.

Ebenso trefflich wie Low war auch ich vorbereitet, das Professor Simrath weiter, als er die Dame nebst dem sie begleitenden Beter in mein Zimmer führte. Mr. Low verfiel mich in hypnotischen Schlaf, dessen Symptome mir so zur zweiten Natur geworden war, daß ich ihn auch mit Bewußtsein im wachen Zustande zu imitieren vermochte, ja sogar oft Mühe hatte, nicht wirklich in Schlaf zu verfallen, wenn ich dies nicht mit meinem Abhänger übereinstimmend fand. Ich spielte die Rolle des ermordeten Sohnes der Frau von Lillo, das heißt, er bemächtigte sich angeblich meines Organismus, um durch mich, während ich völlig außer mir selbst war, mit seinen Angehörigen zu verkehren. Er sprach deutsch mit ihnen, was um so überzeugender wirkte, da ich ja bekanntermaßen kein Wort dieser Sprache verstand. In Wahrheit sprach ich schon gut deutsch, da ich es bereits in Newyork und London mit Eifer studierte, und in Low, der es wie seine Muttersprache beherrschte, einen vorzüglichen Lehrer gefunden hatte. Um die Mutter und Schwester noch gewisser zu machen, sang der Geist ein Lied, von dessen Text und Melodie ich und Low absolut keine Kenntnis haben konnten — Baron Stephan hatte es uns mitgeteilt —, dann erklärte der Sohn seiner Mutter, daß er wirklich ermordet worden sei und zwar von seinem Cousin Arthur. Ich hatte mich nur schwer dazu verstanden, die mir ottrochete Rolle zu spielen, aber die Requisition der Baronin für unsere Gesellschaft war eine zu wichtige Sache und außerdem war ich — und bin es jetzt noch — fest davon überzeugt, daß in der Tat niemand anders als jener Arthur von Lillo der Mörder seines Cousins gewesen sei. Es erschien mir also in wunder Hinsticht als ein gutes Werk, die Tochter zur Ueberzeugung ihrer Mutter zu bekehren, um den Zwist zu befeitigen, welcher

das innige Verhältnis zwischen Baronin Agnes und ihrer Mutter zu zerreißen drohte.

Frau von Lillo stellte noch das uns etwas unerwartet kommende Ereignis, ihren Sohn von Angesicht zu Angesicht zu sehen. Nach einigem Zögern erklärte Mr. Low sich bereit, indem er die Besucherin, mehr um den Effekt der Vorstellung zu verstärken, als aus wirklicher Besorgnis, einbringlich vor den Folgen ihrer Verweigerung warnte, für den Fall des Mißlingens aber sich eine Hintertür offen ließ durch die Versicherung, daß die spiritistische Wissenschaft kein Mittel besitze, einen Geist zu zwingen, sich zu materialisieren und das Erscheinen in dessen Belieben ließe. Für die Form der Erfüllung der Forderung mußte er indes die übrigen Zeugen ausschließen, er gedachte nämlich, die Baronin, die ihm anherst sehr feibel erschien, zu hypnotisieren und ihr einfach die Erscheinung zu suggerieren. Das geschah denn auch, die Dame erwies sich als wunderbar empfänglich, sie erblickte ihren Sohn, dessen Anwesenheit ihr Mr. Low als tatsächlich signalisierte. Da nun die Gedanken an die Vorgänge während einer Hypnose mit dem seltsamen Phänomen des hypnotischen Schlafes in der Regel zugleich zu verschwinden pflegten, so suggerierte ihr Mr. Low die Fähigkeit, sich der ihr gewordenen Erscheinung auch im wachen Zustande zu erinnern.

Die Baronin erwachte aber ein wenig zu früh, sie stieß im frischen Bewußtsein des Anblicks, der ihr noch gegenwärtig schien, einen furchtbaren Schrei aus und sank in Ohnmacht. Als ihr Bewußtsein zurückkehrte, war sie fest überzeugt, den Geist ihres Sohnes gesehen zu haben. Die Erscheinung war also die Wirkung einer einfachen Suggestion, zerrüttete aber für uns den Erfolg, die edle Frau ganz und gar zu der unfrischen zu machen.

Wir waren von nun an in ihrem Salon wie zu Hause, sie schloß sich den Brüdern der Liebe an, war Feuer und Flamme für die Sache. Ich habe Low in Verdacht, daß er die Güte und das Vertrauen der edlen Frau mißbraucht hat,

ich selbst wußte nichts davon bis zuletzt und kann beschwören, daß meine Beweggründe stets die lautersten waren. Die Geschichte, welche ich als diejenige meiner Berufung erzählte, sollte die Legende unserer neuen Brüderschaft sein, ich folgte damit nur dem Beispiel vieler Sektenspieler, unter anderem demjenigen der Madame Blawatsky, der Begründerin der theosophischen Gemeinde. Ich führte darin die Quintessenz meiner Weltanschauung, meiner Lehre auf die persönliche Einwirkung unseres Herrn und Heilands zurück, und ich behaupte, daß ich fest glaube, manche von den Worten, die ich in meiner Legende mitgeteilt habe, aus seinem heiligen Munde vernommen zu haben, denn ich habe in meinem Verzückungszustande mich oft mit ihm und seinen Engeln sowie den großen Männern aller Zeiten über meine Lehre und meine Projekte ausgesprochen. Sollten das alles nur Selbsttäuschungen gewesen sein? Ich fange an, mir selbst und meinen Eingebungen zu zweifeln. . . .

Die Beweise, welche ich für die Gültigkeit meiner Sendung dargebracht, beruhten auf Hypnotismen meinerseits und Mr. Lows. Die kleine Pergamentrolle, welche plötzlich als Beglaubigung vom Meister des Wortes von der Zimmerdecke herab auf den Tisch fiel, hatte Mr. Low hergestellt und auch geworfen. Das angebliche Wunder war weiter nichts, als ein Taschenspielerstück. Der Angabe nach, um jedes falsche Spiel unmöglich zu machen, ließen wir alle Anwesenden die Hände auf den Rücken fallen, dies geschah in Wirklichkeit nur, um Mr. Low Gelegenheit zu geben, dasselbe zu tun. Während nun aller Aufmerksamkeit sich auf mich richtete, warf mein Begleiter, der die kleine Rolle verborgen zwischen den Fingern gefaßt hatte, dieselbe mit einer geschickten Bewegung in die Höhe, indem er die Entfernung so sicher berechnete, daß das Dokument ungefähr in der Mitte der Tafel niederfallen mußte. Auf den ersten Anblick dachte man dies Experiment für sehr schwer halten, der Fall wird sich aber bei fortgesetzten Versuchen überzeugen, daß es ihm bald ganz gut gelingt, ohne daß man irgendwelche auf-

„Vorwärts“ Jubiläum. Ein Freudenfest, einzig in seiner Art und Größe, wurde am Sonntag in Genf gefeiert. Es war das 25-jährige Jubiläum der Genossenschaft „Vorwärts“, die in einem Festgefänge als „die gute Mutter“ gepriesen wird. Der „Vorwärts“ ist entstanden aus winzig kleinen Unternehmungen, die den Spott und Hohn der Gegner herausforderten. Im Jahre 1873 gründeten 30 Mitglieder der zu jener Zeit schon arg zusammengeschumpften „Internationalen“ in Genf mit kaum 100 Fr. Kapital eine Genossenschaftsbäckerei. Diese wuchs und gedieh. Aber der Erfolg führte nach wenigen Jahren dazu, daß ein Teil der inzwischen stark gewachsenen Zahl der Genossenschaftler dem sozialistischen Gedanken unterworfen wurde und das Unternehmen in bürgerlichem Sinne geleitet wissen wollte. Sie waren gegen die Aufnahme neuer Mitglieder, gegen die Verteilung sozialistischer Schriften, gegen den Gebrauch einer roten Fahne, gegen die Errichtung von Geschäftslokalen in allen Arbeitervierteln der Stadt usw. 150 Sozialisten traten aus der Genossenschaft aus und gründeten im Jahre 1881 die Genossenschaftsbäckerei „Vorwärts“ = „Vorwärts“. Aber von den leitenden Genossen auf diesen Namen gekommen ist, weiß man nicht. Aber er entspricht besser als jeder andere der Wirklichkeit und Entwicklung des Unternehmens, das längst nicht mehr nur eine Genossenschaftsbäckerei ist, sondern für das leibliche und geistige Wohl seiner Mitglieder sorgt und weit darüber hinaus für den Fortschritt auf allen Gebieten der Arbeiterbewegung und Entwicklung tätig ist. Die Bäckerei stellte im Anfang mit ihren einfachen Einrichtungen 1057 Brote in der Woche her. Jetzt werden in der neuen, mit 10 doppelten Heißwasseröfen ausgestatteten Bäckerei jede Woche 120 000 Brote gebacken. Schon im Jahre 1886 war der „Vorwärts“ so leistungsfähig, daß er den freilebenden Kohlengräbern des Vorinages 15 000 Brote senden konnte. Im Laufe der Jahre hat der „Vorwärts“ Kleider- und Kolonialwarenmagazine, Apotheken und Kohlenmagazine eingerichtet. Nach einem großen Brande im Jahre 1897 wurden die Magazine prächtiger und größer wieder erbaut. Im Jahre 1902 wurde die Volksdruckerie gegründet, die größte und am besten eingerichtete Druckerei des Landes, verbunden mit einer reich ausgestatteten Buch- und Papierhandlung. In der Volksdruckerie wird jetzt auch der „Vorwärts“, das einzige sozialistische Tagesblatt in Belgien, gedruckt, daneben noch 10 besondere sozialistische Wochenblätter. Es wurden weiter Produktivgenossenschaften der Zigarrenmacher, der Maurer, der Dacharbeiter, der Metallarbeiter, der Holzarbeiter gegründet, und schließlich hat der „Vorwärts“ auch eine Genossenschaftsweberei errichtet. Eine Krankenkasse des „Vorwärts“ wurde im Jahre 1900 durch Zusammenschluß von 19 kleinen Krankenkassen mit 2700 Mitgliedern gegründet. Die Mitgliederzahl war im Jahre 1906 bereits auf 30 000 gestiegen. Die Kasse beschäftigt 17 Ärzte, darunter sechs Spezialärzte, und verfügt über einen eigenen Operationsaal. Sie hat seit der Gründung 1 645 000 Franc Krankengeld ausgezahlt. Außerdem besteht seit 1897 ein Wochenheilsfonds, der in 4311 Geburtsfällen bereits für 16 745 Franc Unterstützung an Waren und Bargeld geleistet hat. Im Jahre 1900 wurde ferner ein Pensionsfonds für Altersunterstützung gegründet, der bis zum April 1906 bereits 77 040 Franc Pensionen ausgezahlt hat. Für das Geschäftsjahr 1906/1907 ist die Ausgabe für 194 pensionierte Mitglieder des „Vorwärts“ auf 20 733 Franc berechnet. Für die geistige, sittliche und ästhetische Erziehung seiner Mitglieder wie der gesamten Bevölkerung sorgt der „Vorwärts“ durch einen Studienverein, durch zwei große öffentliche Volksbibliotheken mit Lesesälen, durch einen Bühnenverein, durch Musik-, Gesang- und Turnvereine und durch einen Erziehungsverein (die „Volkskinder“), dem sich für Säuglinge und junge Mädchen der Verein „Gewissen Volkskinder“ anschließt. Wie sich der „Vorwärts“ finanziell entwickelt hat, geht daraus hervor, daß die Bilanz von 1881 mit 15 984 20 Fr. abschloß, wogegen die von 1905 die Endsumme von 3 290 928,39 Fr. aufweist. Die Gebäude, die Maschinen und das Mobiliement des „Vorwärts“ haben einen Wert von 1 931 000 Fr. Die Volksdruckerie „Vorwärts“ hat zur Feier des Jubiläums eine Festschrift herausgegeben. Der Druck des Wertes beweist, daß die Druckerei außerordentlich leistungsfähig ist. Auf der ersten Seite tritt uns das Bildnis des im Jahre 1897 verstorbenen Genossen E. van Beveren, des Vaters der genossenschaftlichen Bewegung in Genf, entgegen. Es folgen im Text die Porträts der Genossen Ankele, Gheyssem und Foucaert, sowie eine große Anzahl Abbildungen, die die Entwicklung und den jetzigen Stand des „Vorwärts“ illustrieren. Das Buch enthält auch eine kurze, höchst interessante Geschichte der Entwicklung des „Vorwärts“, die natürlich nicht ohne schwere Kämpfe gegen

Feinde und Gleichgültige vor sich gegangen ist. Im Schlußworte heißt es: „Nähere kurz gehaltene Auseinandersetzung — weit davon entfernt, vollkommen zu sein — ist eine Fuldigung des Grundsatzes der genossenschaftlichen Arbeit, der zum ersten Male in der Welt so klug und logisch von der Gesellschaft „Vorwärts“ durchgeführt wurde. „Vorwärts“ Entwicklung beweist nicht nur daß das Genossenschaftswesen mit dem Sozialismus zusammen wirken kann, sondern daß es in seiner wahren, vollkommenen Durchführung so gut wie untrennbar vom Sozialismus ist.“ Ein gerichtliches Nachspiel der Reichstagsersatzwahl in Essen entwickelte sich am Donnerstag vor der vortigen Strafkammer. Während des Wahlkampfes im September vorigen Jahres wurde ein sozialdemokratisches Flugblatt verbreitet, das unter dem Titel „Reklame Lohntabellen“ die Lohntabellen des Allgemeinen Knappschäftsvereins in Bochum einer scharfen Kritik unterzog. Es wurde u. a. behauptet, daß es sich bei den Tabellen um eine bewußte Täuschung handle, die in ihrer Wirkung dem beabsichtigten Betrage gleichkomme. Wegen dieses Artikels stellte der Vorstand des Allgemeinen Knappschäftsvereins Strafantrag wegen Verleumdung gegen den verantwortlichen Verfasser des Flugblattes, den Genossen D. Klampp. Die Staatsanwaltschaft gab diesem Antrag statt. In der Gerichtsverhandlung war als Sachverständiger u. a. erziehener Generalsekretär Dr. Pieper M. Stabach. Als Zeugen waren anwesend Bergrat Dr. Ludwig und Knappschäftsdirektor Koene Bochum. Der Angeklagte bestritt die Absicht der Verleumdung. Generalsekretär Dr. Pieper sagte aus, daß sämtliche Lohnstatistiken nicht einwandfrei gewesen seien, weil sie objektiven Forderungen unterlägen. Daß die einzelnen Belegen absichtlich falsche Angaben machen, wolle und könne er nicht behaupten, aber die ganze Art der Resultatgewinnung schließe ein objektives Bild der wirklichen Lohnverhältnisse aus, ganz besonders aber könne die Tabelle des Knappschäftsvereins nicht als Lohnnachweis angesehen werden. Einer wissenschaftlichen Kritik halte sie in keiner Weise stand. Während der Vernehmung des Gutachters kam es zwischen ihm und dem ersten Staatsanwalt zu einem scharfen Zusammenstoß. Auch der Redakteur des „Vorwärts“, Genosse Düweli, gab als Gutachter seiner Ansicht dahin Ausdruck, daß die Tabelle des Knappschäftsvereins durchaus nicht als Lohnnachweis angesehen werden könne, schon aus dem Grunde nicht, weil sie nicht wirkliche, sondern nur angenommene Größen enthalte. Der Staatsanwalt beantragte 300 Mark Geldstrafe. Das Gericht erkannte jedoch auf Freisprechung, weil es sich nicht von der Absicht der Verleumdung überzeugen konnte.

Aus Nah und Fern.

Was im Zeitalter des heiligen Bureaucratius alles möglich ist, beweist nachstehendes heiteres Stück: Vor einiger Zeit wurde der Genosse Kirchpennig als Redakteur der „Schwäbischen Volkszeitung“ zu einer erheblichen Geldstrafe verurteilt, weil er einige Mannen der gelben Gewerkschaft etwas dorb angefaßt hatte. Das Urteil wurde rechtskräftig, die Strafe bezahlt, auch das Urteil wurde in der üblichen Weise publiziert — trotzdem erhielt der Sünder eine Ladung vor die Berufungsstrafkammer auf den 7. August. Die „Schwäbische Volkszeitung“ charakterisierte diese „Debung“ der Gerichtsakten in ihrer Nummer vom 13. Juli, wer aber nun geglaubt hat, daß das Urteil nunmehr auch in den Akten rechtskräftig würde, hatte sich geteilt. Vor einigen Tagen erhielt der Sünder die neue Mitteilung, daß der angelegte Termin der Strafkammer auf den 22. September verlegt sei. Nicht ganz unrecht hat die „Schwäbische Volkszeitung“, wenn sie der Gerichtsschreiberei des Landgerichts den Rat erteilt, die „Volkszeitung“ zu abonnieren, und sie so aufmerksam wie der Staatsanwalt zu studieren, dann wäre es ihr leicht, ihre Akten in Ordnung zu halten.

Die Kunst, von der Luft zu leben. Diese schwere Kunst haben, wenn auch nicht ganz, so doch annähernd zwei deutsche Professoren ausgebildet, die auf Rabalon, einer kleinen Insel im Bismarck Archipel in der Südsee, ein höchst einfaches Leben führen und sich nur von Kokosnüssen nähren, bloß mit einem Lebenskurz bekleidet sind und sich damit unterhalten, an der See zu sitzen, den Längen der Eingeborenen zuzusehen und zu lesen. Ein Engländer, H. R. Robson, der eine Vergnügungsreise nach Rabalon gemacht hat, erzählt von dieser gemütlichen Niederlassung zweier deutscher Gelehrten allerlei in einem englischen Blatte. Die Entdeckung, wie man von der Luft leben kann, hat zuerst

Professor Engelhart gemacht, der seit seiner Jugend an einer schweren Krankheit litt und es neun Jahre lang in Deutschland mit einer Diät versuchte, bei der er nur ein paar Früchte zu sich nahm. Er gelangte aber zu der Überzeugung, daß die in Europa zugänglichen Früchte nicht sehr geeignet für eine solche Diät waren, und ging daher im Jahre 1901 nach Ceylon. Nach weiteren Experimenten ließ er sich schließlich auf Rabalon nieder, nachdem er herausgefunden hatte, daß die Kokosnüsse die ursprüngliche und daher zuträglichste Nahrung des Menschen sei. Zu dem Professor gesellte sich dann noch ein Kollege, Dr. A. Bethmann, und nun leben sie beide nur von Kokosnüssen, so daß sie für ihre Nahrung nicht einen Pfennig auszugeben brauchen, und gestehen in hallyonischer Behaglichkeit die Freuden der Natur und der Enthaltensamkeit. Auch Robson hat an der Kokosnussdiät teilgenommen und sich außerordentlich wohl dabei befunden. Die Kokosnüsse sind sehr verschieden von denen, die man bei uns sieht. Sie sind festsch und weich und werden mit einem Löffel gegessen wie Butter. Die Nuss ist voll süßer wohlschmeckender Milch und das ist zugleich das einzige Getränk der beiden vergnügten Akuten. Die Insel ist ein Land ewigen Frühlings; sie ist nicht mit üppiger Vegetation bedeckt, nur zwei Meilen lang und eine breit, und ein idealer Aufenthalt zur Erholung und Erquickung. Robson empfiehlt allen Leuten, die Zeit dazu haben, dem Beispiel der beiden Professoren zu folgen. Sie werden gut aufgenommen werden und die einzigen Kosten sind die für die Reise, denn dort „lebt man von der Luft“.

Die Blattschimmelkrankheit tritt, wie aus Pflanz gemeldet wird, im ganzen rheinischen Weinbaugebiet in erschreckendem Maße auf. Wie Sachverständige übereinstimmend melden, ist über die Hälfte der deutschen Weinernte bereits verloren.

Peterhofer Verfassungsfreunde. Der Minister: Also die Bilanz des heutigen Tages wären 21 Hinrichtungen, 68 Auspeltigungen, 385 Verhaftungen. Außerdem sind 24 Sitzungen konstituiert, fünf gänzlich unterbrochen, zehn Versammlungen verboten und zwei von Kojaken auseinander gesprengt worden, wobei etwa hundert Personen durch Nagelkollern und Säbelhiebe verletzt worden sind. Es geht ja vortrefflich! Was haben Sie für morgen vor? Der Militärgouverneur: Vor allem wieder etwa ein Dutzend Justifizierungen; auch für die Zahl der Auspeltigungen, Verhaftungen, Hausdurchsuchungen, Konfiskationen, Versammlungsverbote und militärischen Affronten sieht noch keine fallende Tendenz in Aussicht. Der Minister: Das ist doch wohl nicht alles? Der Militärgouverneur: Was könnte man noch tun? Ja, wir werden der Bevölkerung Kontributionen auferlegen für die Erhaltung der aufgeborenen Militärmacht. Dann werden wir in alle öffentlichen Lokale und Gasthäuser Kojakenabteilungen legen, die bei dem geringsten Anzeichen, daß die dort versammelten Gäste miteinander in mündlichen Verkehr treten, einschreiten werden. Man muß verhüten, daß unter dem Dämmerlicht des Essens und Trinkens Versammlungen abgehalten werden. Der Minister: Ganz gut! Aber haben Sie nicht noch etwas im Köcher? Der Militärgouverneur: Ich würde nicht! Die Unversitäten und mittleren Lehranstalten sind bereits geschlossen, vor den öffentlichen Bibliotheken stehen Doppelposten! Halt, die Buchladen könnte man sperren und ihren Inhalt saftiger lassen. . . . Der Minister: Eine gute Idee! Der Militärgouverneur: Die Varietés und sonstigen Vergnügungsorte werde ich schließen lassen. . . . Der Minister: Halt! Sie gehen zu weit! Wir dürfen nicht vergessen, daß Seine Majestät fest entschlossen ist, unerrückbar an der Verfassung, an den Freiheiten und Rechten, die hochdieselbe bewilligt hat, festzuhalten, und vergessen Sie auch nicht, daß wir eine liberale Regierung sind.

Das Arbeitersekretariat

(uneigentliche Auskunftsstelle für Jedermann)

ist geöffnet an Wochentagen von 12—2 Uhr mittags und von 6—7 1/2 Uhr abends.

An Sonn- und Festtagen, sowie Mittwoch Nachmittag geschlossen.

fällige Bewegung seines Körpers oder auch nur der Schulter wahrnimmt, er muß nur die Vorrichtung gebrauchen, mit der linken Hand den rechten Arm in der Mitte fest zu packen, und so mit der rechten Hand den Wurf auszuführen zu können, ohne daß die Erschütterung sich den Muskeln des Armes und der Schulter mitteilt. Low war ein Meister in diesen Art Kunststücken, deren sicheres Vollbringen selbstverständlich wie alles andere das Resultat langjähriger Übung ist, wobei zur Sicherstellung des Gelingens im rechten Augenblick die Aufmerksamkeit der Zuschauer von dem ausführenden Teile möglichst abzulenken ist. Und das war hier der Fall, da alle ihre Augen nur auf mich, nicht aber auf meinen Gefährten richteten.

Das folgende noch erstaunlichere Wunder bewerkstelligten wir auch ebenso einfache Weise. Den Augenblick, welchen Mr. Low das in arabischer Sprache und Schrift abgefaßte Pergament in der Hand hielt, und während dessen sich alles für den magischen Ring, der die Rolle umschloß, interessierte, brauchte er, um es gegen ein vorher ebenfalls präpariertes von genau derselben Beschaffenheit und demselben Aussehen zu vertauschen, auf welchem der Text in deutscher Sprache, aber in veränderten und alternativen Schriftzeichen niedergeschrieben war. Selbst bei einer oberflächlichen nochmaligen Betrachtung des Dokumentes, wie sie nach Lage der Sache lediglich zu befürchten war, wäre die Veränderung wohl kaum entbedet worden; aus der Kaffette der Frau Baronin mußte daher trotz aller von Herrn Professor ergriffener Vorsichtsmaßregeln unbedingt die so verwandelte Rolle zum Vorschein kommen, da sie bereits und zwar vom Professor selbst hineingelegt worden war.

Als ich mich bald darauf in ein anderes Zimmer zurückzog um einer Vorpiegelung nach, mich ein wenig zu sammeln, leitete mich nur die Absicht, die Gesellschaft noch weiter durch scheinbar über den Bereich menschlicher Kraft hinausgehende Taten in Staunen zu versetzen. Baron Stephan, bereits instruiert und in seinem eignen Interesse unser Bundesgenosse — worauf ich später noch näher eingehen mußte in meiner Abwesenheit das Gespräch auf den verlorene Brillantring der Baronin bringen; als ich zurückkam, wußte ich deshalb ganz genau, von was die Rede gewesen und über den Wortlaut des Gesprochenen unterrichtete mich Low durch unsere Sprachsprache, die Gesellschaft zeigte sich aber natürlich unendlich verwundert, daß ich, die doch entfernt gewesen war, den Inhalt ihrer Konversation kannte. Auch das Herbeischaffen des Ringes war nichts als ein schlaues Kunststück. Die Baronin hatte ihn während eines Besuches bei ihrem Vetter Stephan verloren, er fand ihn nach ihrem Weggange auf seinem Teppich, statt ihn abzuliefern, berebete er mit uns jenen Akt. Er selber hatte vor Beginn der Search das Kleinod an der Stelle der Equipe verborgen, wo man es fand, und zwar hatten wir diesen Ort gewählt, weil es so natürlich und wahrscheinlich erschien, daß Frau von Tillo den etwas locker sitzenden Ring im Wagen abgestreift und derselbe sich in die Ritze verirrt hatte.

Schärfer als alle anderen sah uns Herr Professor Simrath auf die Finger, doch bewirkte es seine Unbekanntschaft mit den spiritistischen und medienistischen Manipulationen, daß seine Wachsamkeit uns nicht allzu gefährlich wurde. Er wußte nicht, worauf er sein Augenmerk zu richten hatte, seine Aufmerksamkeit ließ sich daher im entscheidenden Moment leicht ablenken. Gefährlicher wäre ein professioneller

Preßbildhauer oder ein Exmedium, das sich in einen Antispirittisten verwandelt hat, geworden. Immerhin mußten wir unsere ganze Kraft aufbieten, um all seinen Fragen und Einwürfen gerecht zu werden und seinem Mißtrauen zu begegnen. Eins der Experimente, das ihm am unerklärlichsten scheinen mochte, war folgendes. Auf Befehl eines durch das Spiritoskop sprechenden Geistes legte der Professor seine Hand mit einem Goldstück daneben in einen auf dem Tische stehenden länglichen Kasten. Als er nach einiger Zeit auf Befehl des Geistes den Kasten, welchen der Professor selbst verschloß und wozu er den Schlüssel hatte, wieder öffnete, befand sich das Goldstück in der Börse.

Wie ich hier mitteilen will, war der Kasten präpariert; durch den Druck auf eine verborgene Feder öffnete sich der Boden, so daß Mr. Low, während eines Momentes, wo die Aufmerksamkeit seiner beiden Mitarbeiter auf etwas anderes konzentriert war, durch einen geschickten und raschen Handgriff das Goldstück der Börse einzudeckeln vermochte. Das Stecknadelsuchen mit verbundenen Augen, das Tischfüßen und ähnliche bekannte Experimente brauche ich nicht zu erklären, ich will aber nicht unerwähnt lassen, daß die Harmonika unter dem Tische durch Lows Füße zum Vorne gebracht wurde, während auf der Innenseite der zusammengebundenen Tafelchen die von Geistes angeblich hingeschriebenen Sätze sich bereits vorher befanden, aber in anderen Fällen von Mr. Low geschrieben wurden, ohne daß man seine Finger sich bewegen sah; oft führte er durch Vertauschungen der Tafelchen mit verborgen gehaltenen präparierten das Gewünschte herbei.

(Fortsetzung folgt.)